



Leseprobe aus Müller-Teusler und Gaus, Rechtsextremismus:
erkennen – enthüllen – entgegen, ISBN 978-3-7799-7588-5
© 2023 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-7588-5](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-7588-5)

Inhalt

Wer ist hier rechts?! Zugänge zur politischen Bildungs- und sozialen Präventionsarbeit im Bereich Rechtsextremismus <i>Detlef Gaus / Stefan Müller-Teusler</i>	7
Demokratie als lohnendes Unterfangen der Neuzeit <i>Hans Lepel / Stefan Müller-Teusler</i>	18
Ursachen des Rechtsextremismus. Modelle, Faktoren und Präventionsmöglichkeiten <i>Andreas Beelmann</i>	28
Die politische Ideologie der Neuen Rechten in kritischer Prüfung. Eine Analyse anhand der Fallbeispiele Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann <i>Armin Pfahl-Traughber</i>	48
Rechtsextremismus. Die regionalpolitische Perspektive <i>Martin Raabe / Heiner Scholing</i>	73
... in die rechtsextreme Szene und wieder retour ... <i>Stefan Tepper</i>	83
Die internetorientierte Perspektive: Verschwörungserzählungen <i>Duha Binici</i>	99
Förderung emotionaler Stärke und sozialer Kompetenzen durch Psychomotorik in der frühen Kindheit als Chance in der Extremismusprävention <i>Peter Keßel / Astrid Krus</i>	104
Demokratiebildung im Jugendalter. Junge Menschen mit kooperativer Demokratiebildung stärken <i>Maximilian Lorenz</i>	121
Die schulische Perspektive: Toleranz üben, um Diversity zu erleben <i>Birgit Thomsen</i>	136
Die Schüler*innenperspektive. Rechtsextremismus im Jugendalter – Ergebnisse repräsentativer Schüler*innenbefragungen im Zeitverlauf <i>Yvonne Krieg</i>	154
Die Perspektive der politischen Bildung <i>Gudrun Heinrich</i>	173

Medialisierung von ‚Heldentum‘ und ‚Kampf‘. Der Gebrauch von Filmmusik im Rechtsextremismus <i>Yvonne Wasserloos</i>	187
(Queer-)feministische Perspektive(n). Antifeminismus als Ideologie in seiner Bedeutung im völkischen Autoritarismus und in der extremen Rechten <i>Christine Leidinger / Judith Rahner</i>	199
Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt parteilich unterstützen. Professionstheoretische Perspektiven <i>Katrin Haase</i>	226
Kontinuierliche Präsenz, systematische Angriffe und alltägliche Verschiebungen. Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit in Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern <i>Christoph Gille / Birgit Jagusch / Christine Krüger / Júlia Wéber</i>	245
Hier ist doch niemand rechts! Offene Ausgänge der politischen Bildungs- und sozialen Präventionsarbeit im Bereich Rechtsextremismus <i>Detlef Gaus / Stefan Müller-Teusler</i>	264
Verzeichnis der Beiträgerinnen und Beiträger	269

Wer ist hier rechts?! Zugänge zur politischen Bildungs- und sozialen Präventionsarbeit im Bereich Rechtsextremismus

Detlef Gaus / Stefan Müller-Teusler

1. Annäherungen

Gefahr – Rechtsextremismus! So war eine Veranstaltung zur Fortbildung und Vernetzung für die interessierte Öffentlichkeit von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Multiplikatoren und Fachleuten überschrieben, die am 21. November 2021 in der Verantwortung des Präventionsrates Uelzen unter Beteiligung von uns beiden Herausgebern stattfand. Es gehört zur Logik des Aufmerksamkeitsmanagements solcher Veranstaltungen, den marktschreierischen Titel nicht zu scheuen. Die Frage ist, immer wiederkehrend, ob eine solche Markierung von Gefahren angemessen ist.

Wir Herausgeber gehören noch einer Generation an, die jene alten Männer mit den von außen wie von innen kahlen Schädeln über angeblich große Zeiten der deutschen Geschichte schwadronieren gehört hat, wir kennen noch die Aushänge der ‚National-Zeitung‘ an den Kiosken wohlgesonnener Betreiber, bei denen sich diese alten Männer mit ideologischer Aufrüstung versorgten. Vergangen, vorbei. Diese Generation einer alten Garde von Nationalsozialisten ist ausgestorben, die National-Zeitung eingestellt. Später dann, als junge Hochschullehrer, haben wir uns mit Fragen des Umgangs mit Skinheads in Springerstiefeln vor Asylunterkünften, in Jugendheimen und in der Schule beschäftigt. Auch diese Skinheads sind inzwischen längst Familienväter, haben die Stiefel ausgezogen. Wer heute durch die Fußgängerzonen jeder denkbaren deutschen Innenstadt geht, der findet buntes, entspanntes, vielfältiges Beisammensein, eine Gelassenheit des Zusammenlebens, zumindest des Lebens und leben lassens, die noch vor wenigen Jahrzehnten undenkbar gewesen wäre.

Alles gut also – Gefahr?! Rechtsextremismus?! Ist das nicht wirklich Marktschreierei?! Bei der Vorbereitung der oben genannten Veranstaltung ebenso wie bei deren Nachbereitung durch diesen Sammelband wurde deutlich, wie vielfältig das Themenfeld ist. Sicherlich, der alte, ideologisch verkrustete Nationalsozialismus ist auf einem winzigen, umzäunten Nebefeld des Ideologieschrottplatzes der Geschichte abgestellt. Die Gleichung ‚Rechts = Nazi‘ aber, die den Angehörigen unserer Generation noch als so unumstößlich wie einfach erschien, ist perdu.

Schaut man sich etwa mit den Augen des politischen Ideen-Historikers in der Welt um, sieht man selbst in der großen Politik ein mehr als buntes Revival

unterschiedlichster Theoriefragmente, die wieder handlungsleitend zu werden scheinen. Da gibt es, gerade in Ostmitteleuropa, Elemente, die an die ständestaatlichen Ideen des Austrofaschismus der 1930er Jahre erinnern. Da gibt es, an die Jahre der Präsidentschaft Trump in den USA sei erinnert, Elemente eines plebiszitären, permanent die *volonté de tous* anrufenden Neo-Bonapartismus im Stile Napoleons III. im zweiten französischen Kaiserreich (vgl. Willms 2005). Da gibt es Verwirrungen selbst unter Fachleuten: Während diese Zeilen verfasst wurden, wurden in Italien, immerhin einem Gründungsland der Europäischen Union, die ‚Fratelli d’Italia‘ stärkste politische Kraft – und selbst die disziplinäre Fachcommunity disputierte mit Ernst und Mühe, ob diese, einst die Partei Benito Mussolinis, nun faschistisch, post-faschistisch, post-post-faschistisch oder doch eher proto-faschistisch sei. Und dabei ist die Partita nur eine von drei Parteien am ganz rechten Rand, die ihrerseits mal als rechts-extrem, mal als rechts-populistisch, mal als diffuse rechte ‚Bewegungen‘, mal als Parteiungen diskutiert werden (vgl. zur Komplexität des Faschismus-Begriffes zuletzt: Pelinka 2022). Staunend schaute im Sommer 2022 der geneigte politische Beobachter auch nach Großbritannien, wo ein Premier Boris Johnson sein Land mit Anti-EU-Kampagnen auf nationalistischen Isolationskurs gebracht hatte und sodann Asylbewerber gegen Geld auf freie Flächen im fernen Ruanda deportieren wollte. Zugleich aber hat er, den Multikulturalismus der britischen Gesellschaft immer betonend, innenpolitisch niemals das Zuspitzungspotenzial so ausgespielt wie etwa der Oppositionsführer Jeremy Corbin, der durchaus die antisemitische Seite zum Klingen zu bringen versuchte. Die Nachfolgerin im Amt der Premierministerin, Liz Truss, machte in ihrer kurzen Amtszeit mit Reden auf sich aufmerksam, in denen Liberalismus in einen Sozialdarwinismus kippte, dem sie selbst nach nur 45 Tagen zum Opfer fiel – zugleich aber präsentierten sie und ihr Nachfolger Rishi Sunak, der erste Premier mit Migrationshintergrund aus den ehemaligen Kolonien, ihrem Wahlvolk ein Kabinett, das so bunt und divers war, wie die britische Einwanderungsgesellschaft nur sein kann.

Die Lage erscheint also verworrener als in einfachen Losungen unterstellt. Und auch in der deutschen Diskussion kann man beobachten, dass und wie die alte Ideologie des Nationalsozialismus keine relevante Rolle mehr spielt. Rechte Intellektuelle entdecken vielmehr die theoretischen und ästhetischen Vordenker der sog. ‚Konservativen Revolution‘ der 1920er Jahre wieder, den Kulturhistoriker Arthur Moeller van den Bruck etwa, Oswald Spenglers Kulturkritik, Ernst Jüngers Ästhetik und Carl Schmitts Staatsrechtslehre (vgl. hierzu den Beitrag von Armin Pfahl-Traugher in diesem Band). Und auch eher traditionell rechts-extrem verortete Kontexte bedienen sich Deutungsmustern und Sprachbildern, die insbesondere in den Debatten der 1920er Jahren ihren Ursprung haben (vgl. hierzu den Beitrag von Christine Leidinger und Judith Rahner).

So zeichnet sich eine ‚neue Rechte‘ ab, verschwommen noch in ihren Bezügen, widersprüchlich auch in ihren Explorationen ideen-, geistes- und

kulturgeschichtlicher Vorbilder, aber dynamisch, auf dem Weg zu neuer gesellschaftlicher Einflussmacht. Noch komplexer und unübersichtlicher wird dieses Bild dadurch, dass seine Ränder und Bezüge notorisch unkonturiert und verschwommen sind.

Da wird Antonio Gramscis Konzept der ‚kulturellen Hegemonie‘ rezipiert, einst gegen den italienischen Faschismus entwickelt, später von diversen linksradikalen und -extremistischen Gruppen aufgenommen. Dementsprechend kommen etwa ‚identitäre‘ Jugendliche und Jungerwachsene in Hoodie und Turnschuhen locker flockig des Weges gejoggt – nicht nur ein strategisches Mittel der Selbstinszenierung, sondern durchaus mit inhärenter Logik (vgl. auch den Beitrag von Yvonne Wasserloos in diesem Band). Gerade der Identitätsbegriff, zentraler Kampfbegriff post-postmoderner gesellschaftlicher und kultureller Auseinandersetzungen, zeigt logische, psychologische, ideologische und damit auch soziale Anschlussfähigkeiten von ganz rechts mit ganz links.

Identitäre und identitätspolitische Positionen sind einander eng verwandt und zeigen sich einig in ihrer Ablehnung von Prinzipien liberaler offener Gesellschaften. Ob Multikulturalismus oder Ethnozentrismus, ob Debatten über Wesenhaftigkeit von Mann- und Frausein oder ‚Lesarten‘ der vielen Geschlechter – die Positionen sind inhaltlich konträr, aber strukturell analog: Abgelehnt werden traditionell aufklärerische Konzepte der Universalität des Menschseins und der Menschenrechte, der Individualität und Personalität, der Prinzipienorientierung sowie – genereller – universalistisch dekontextualisierter und dekontextualisierender rein analytischer Weltansichten. Der Begriff der ‚Ich-Identität‘, wie er für das ‚Projekt der Moderne‘ zentral war, wird verworfen. An seiner Stelle wird die existenzielle Zugehörigkeit zu ‚Gemeinschaft‘ bzw. ‚Communities‘ anstelle der aushandelnden, zweckrationalen Gesellschaft betont (vgl. zur klassischen Trennung von existenzieller Gemeinschaft und zweckgerichteter Gesellschaft nach wie vor Tönnies 2019).

Eigentlich paradox und umso bemerkenswerter ist, dass im derzeitigen Debattenraum solchem Essenzialismus der Gruppenzugehörigkeit ein Konstruktivismus zur Seite gestellt ist. Auch dieser verneint den Universalismus logischer Welterschließung, hier zugunsten der Annahme von ‚Lesarten‘ der sozialen und kulturellen Welt. Lesarten des späten Michel Foucault und an ihn anschließend der französischen und amerikanischen poststrukturalistischen Philosophie und Soziologie gehören hierher. Vor dem flackernden Lodern eines im Hintergrunde immer wieder aufleuchtenden Friedrich-Nietzsche-Gedenkfeuers taugen sie zum geistigen Rüstzeug, das bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein selbstverständlich genutzt wird.

Solche Querbezüge lassen sich auf dem diskursiven Feld feststellen, tatsächlich inzwischen aber auch auf dem sozialen Feld finden. Längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen, in jeder Talkshow, auf jeder Fortbildung, sind revitalisierte Bilder vom ‚Charisma‘ starker, auch gerne ‚agiler‘ Führung, von

den notwendigen Erschütterungen ‚disruptiver Erneuerung‘, vom Umbruch als Chance – in Folge von 1914 sprach man einst vom ‚Augusterlebnis‘ – alter Wein in neuen Schläuchen. Mitten in der Gesellschaft gibt es inzwischen eine gewisse Gestimmtheit, die freilich von beiden Rändern her immer wieder auf Resonanz geprüft wird.

Die Corona-Krise bzw., zeitlich direkt daran anschließend, der Krieg in der Ukraine haben die soziale Verankerung bisher eher nur von intellektuellen Eliten geführter Debatten in den letzten Jahren vorangetrieben. So finden sich, vermittelt über Esoterik, von rechtsaußen wie von linksaußen herankommend Corona-Leugner beim das Immunsystem stärkenden Waldbaden, die Eichen umarmend, den Wald atmend, und raunen sich im deutschen Haine Worte zu von angeblichen ‚Eliten‘, schlimmer noch, von ‚globalen Eliten‘, die mit dem Virus und entlang des Krieges ihre dunklen Zwecke verfolgen – Globalisierungskritik, Elitenkritik in Chiffren, welche derselben Logik gehorchen, welche die gleichen Impulse bedienen wie antisemitische Verschwörungsmymen des 19. Jahrhunderts (vgl. Butter 2018, Speit 2021; vgl. in diesem Band der Beitrag von Duha Binicie).

Verschwörungsmymen spannen, von den Rändern her aufeinander zuwuchernd, ein begriffliches Netz und ein Gewebe geteilten Lebensgefühls über die Menschen, dessen Färbung auf Dauer die Wahrnehmungen in und von Gesellschaft verändern kann. Sie sind anschlussfähig an alte Deutungshorizonte von ‚Blut und Boden‘, wie sie etwa Szenen der ‚völkischen Siedler‘ ideologisch zusammenhalten (vgl. in diesem Band den Beitrag von Martin Raabe und Heiner Scholling). Sie sind aber ebenso anschlussfähig an ganz aktuelle zeitgeistige Diskurse und Debatten: Im Jahre 2022 konnte erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte die Dokumenta, eine der bedeutendsten Ausstellungen zeitgenössischer Kunst auf der ganzen Welt, von einem sich als links verstehenden, international besetzten, postkolonialistisch positionierten Team kuratiert, aber auf deutschem Boden, in deutscher Verantwortung einem Ausstellungskonzept folgen, das ‚Globalisierungskritik‘ sagte und alte antisemitische Deutungsmuster meinte. Die Unfähigkeit des politischen Systems, aber auch des Mediensystems, angemessen mit solchen Provokationen umzugehen, zeigt geradezu paradigmatisch die Unsicherheit einer Gesellschaft mit neuen Erscheinungsformen des Rechten.

Es zeichnet sich also eine ‚neue‘ Rechte ab, die vormodern und postmodern zugleich erscheint. Einerseits kehrt sie zu ihren kulturpessimistischen, modernisierungskritischen Wurzeln in der schwarzen Romantik des 19. Jahrhunderts und den Krisenwahrnehmungen des frühen 20. Jahrhunderts zurück, die sie neu inventarisiert und prüft. Andererseits nutzt sie in Collagentechnik sämtliche Versatzstücke gegenwärtiger Diskurse, ja, gestaltet diese – Identitätspolitik, Globalisierungskritik als Beispiel – längst aktiv mit aus. Verworren sind noch die Denktraditionen und -koalitionen, klar ist aber die Stoßrichtung. In Ablehnung gesellschaftstheoretischer Perspektiven zugunsten einer Melange von ‚cultural turn‘ einerseits und Revitalisierung des Leiblichkeitsdenkens andererseits, in

Ablehnung von Ich-Identität und Betonung von ‚Identitätspolitik‘, in Ablehnung einer offenen Gesellschaft und Hoffnung auf Gemeinschaft zielt sie nach wie vor, immer noch, immer wieder auf eine Veränderung, Überwindung der Grundlagen unserer Zivilisation, Gesellschaft und politischen Ordnung.

2. Systematisierungen und Operationalisierungen

Ausgehend von Zeitdiagnosen stellt sich die Frage, wie mit solchen Annahmen diffuser Strömungen und Entwicklungen systematisch umzugehen ist. Wenn von Gefahr durch etwas auszugehen ist, ist dieses ‚Etwas‘ zunächst möglichst trennscharf zu umreißen. Diese Aufgabe erweist sich aufgrund der unscharfen Ränder des Gegenstandes als schwieriger denn auf den ersten Blick zu erwarten.

In den vergangenen Jahren hat sich in den Sozialwissenschaften oftmals die sog. ‚Konsensdefinition‘ durchgesetzt, die eigentlich keine Definition, sondern eine phänomenologische Annäherung darstellt. Demnach wäre dann von Rechtsextremismus zu sprechen, wenn beobachtbare Muster von Einstellungen und Handlungen akkumulieren, welche sich in mindestens zwei Dimensionen äußern. Zum einen können sie im politischen Bereich Affinitäten zu diktatorischen Regierungsformen, zu nationalistisch-chauvinistischen Politikzielen bzw. zu Verharmlosungen bzw. Rechtfertigungen des Nationalsozialismus zeigen. Zum anderen sind sie in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen durch fremdenfeindliche, sozialdarwinistische und antisemitische Deutungsmuster gekennzeichnet.

Möglich ist aber im Gegensatz zu einer weiten phänomenologischen Näherung ebenso eine enge systematische Eingrenzung, wie sie etwa die Jurisprudenz vornimmt: Im juristischen Sinne wäre demnach Rechtsextremismus anzunehmen, wenn völkisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut in Wort und Tat manifest außerhalb des Rechtsrahmens und im Gegensatz zum Grundgesetz vertreten wird.

Bleibt eine phänomenologische Näherung letztlich beliebig und ist eine juristische Perspektive extrem verengt, so bietet es sich an, beide Perspektiven zu verbinden. Eine oftmals genutzte phänomenologisch-juristische Gesamtschau bietet Hans-Gerd Jaschke (in diesem Band etwa der Ausgangspunkt von Birgit Thomsen, Gudrun Heinrich sowie Christine Leidinger und Judith Rahner). Nach Jaschke sei Rechtsextremismus als Gesamtheit bestimmbarer Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen zu fassen, die organisiert oder nicht organisiert beobachtbar ist. Die Einstellungen, Verhalten und Aktionen haben ihren Ursprung in der Annahme einer unhintergebar rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen, woraus die Forderung nach ethnischer Homogenität abgeleitet und das Gleichheitsgebot universalisierender Menschenrechtsannahmen abgelehnt wird. Es wird der Vorrang einer existenziellen Gemeinschaft vor

dem Individuum wie vor der modernen Gesellschaft betont und die Unterordnung des Einzelnen unter Kollektive wie etwa ‚das Volk‘ gefordert. Der Wertpluralismus und Multikulturalismus der liberalen Demokratie werden abgelehnt und durch Werte hierarchisierende Ordnungen zu überwinden gesucht. Alle diese Einstellungen werden durch Akte aggressiver Art zum Ausdruck gebracht (vgl. Jaschke 2001, S. 30; vgl. den Beitrag von Thomsen in diesem Band).

Freilich müssen Haltung und Handlung nicht zusammenfallen, nicht jeder rechtsextremistische Gedanke führt zur Tat, nicht jede Tat muss Ausdruck verfestigter Gesinnung sein – an Lothar Böhnisch' Überlegungen zum ‚abweichenden Verhalten‘ sei erinnert (vgl. Böhnisch 2017). Zudem ist Grundsatz strafrechtlichen Denkens, nur Taten und Tatfolgen, nicht aber Haltungen, Einstellungen, Meinungen und Mentalitäten zu erörtern. Insofern ist solche juristisch inspirierte Phänomenologie noch weitergehend zu operationalisieren. Solche Operationalisierung kann aus juristischer wie aus kriminologischer Perspektive erfolgen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz etwa erfasst laufend das ‚Rechtsextremismuspotenzial‘ von Strukturformen, also etwa: Vereinen, Verlagen, Kameradschaften usw., die es beobachtet und auswertet (vgl. hierzu aus regionaler Verantwortung Raabe/Scholing in diesem Band). Eine andere Möglichkeit bietet etwa die kriminologische Betrachtungsweise des Bundesinnenministeriums: Diese wertet rechtsextrem ‚politisch motivierte Straftaten‘ aus, führt also strafrechtlich relevante Delikte auf die Frage zurück, inwieweit der Ursprung ihrer Ausführung auf rechtsextremer Gesinnung oder Haltung basierte.

Im Gegensatz zu solchen juristischen bzw. kriminologischen Perspektiven, die auf objektivierbare Daten, Strukturen und Taten zielen, versuchen umgekehrt psychologische Ansätze, Einstellungen zu erfassen – also jenen Komplex psychosozialer Gestimmtheit, der vorhanden ist, ohne, dass er zwangsläufig zu Handlungen führen muss. Einstellungen sind für die Psychologie die Gesamtheit von kognitiven Annahmen, affektiven Gefühlen und routinisierten Verhaltensweisen, entsprechend erhebt die psychologische Einstellungsforschung verankerte Deutungs- und Handlungsmuster in ihrer Korrelation. Eine rechtsextreme Einstellung wäre demnach gegeben, wenn sich manifeste Deutungsmuster, wie etwa Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus etc., in affektiver Verstärkung, etwa durch Musik- und Mediennutzung extremistischer Inhalte, Freizeitgestaltung, Hobbies etc., mit verfestigten Handlungsmustern, etwa dem Schmieren von Pa- rolen, Mobbing von Personen etc., verbinden (vgl. die Beiträg von Andreas Beelmann und Yvonne Krieg in diesem Band).

Rechtsextreme Einstellungen anstelle rechtsextremer Straftaten bzw. Strukturen zu erfassen, erscheint lohnend, ist gleichwohl extrem aufwändig. Über Datenanalysen zu Schülerpopulationen aus dem renommierten Projekt des Niedersachsensurveys referiert Krieg in diesem Band.

Neben empirisch-quantitativen Untersuchungsdesigns sind hier auch Perspektiven der Biographieforschung relevant, die qualitativ-interpretativ vorgehen.

Hierbei werden aus (sozial-)psychologischem Blickwinkel unter Einbezug von Ergebnissen unterschiedlicher Fachdisziplinen über den Lebenslauf hinweg Einstellungsveränderungen, insb. Radikalisierungsprozesse und deren Entstehungskontexte, z. B. in Interaktionsmustern, Medienkonsum usw. rekonstruiert (vgl. die Beiträge von Kathrin Haase und Stefan Tepper in diesem Band).

Alle diese Perspektiven können immer nur einzelne Aspekte des Themenfeldes empirischer Forschung zuführen. Auf theoretische Grundlagenprobleme der Systematisierung von Untersuchungsgegenständen ebenso wie auf empirische Schwierigkeiten der Datenerhebung sowie interpretative Desiderata der Datenauswertung macht Beelmann in diesem Band aufmerksam. Er plädiert für eine entwicklungsdynamisch orientierte multidimensionale Perspektive und bietet zudem erste Hinweise auf Erkenntnisse zur Wirksamkeit unterschiedlicher Formen und Phasen von Präventionsarbeit.

Noch anders fällt die Perspektive aus, wird auf Rechtsextremismus aus einer politikwissenschaftlichen Analyseperspektive geschaut. Politologisch geht es insb. um Analysen von Parteien, von Aktionsformen und von Diskursformationen. Exemplarisch für den letztgenannten Bereich beschäftigt sich der Beitrag von Pfahl-Traugher am Beispiel von Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann mit der politischen Ideologie der ‚Neuen Rechten‘. Mit der Bezeichnung ‚Neue Rechte‘ werden unterschiedliche Phänomene etikettiert. Damit ist hier eine rechtsextremistische Intellektuellen-Gruppe gemeint, welche sich insbesondere auf das Gedankengut der ‚Konservativen Revolution‘ in der Tradition der 1920er Jahre stützt und eine ‚Kulturrevolution von rechts‘ vorantreiben will. Pfahl-Traugher blickt auf deren Menschenbild von unmündigen Unterworfenen, die daraus abgeleitete Einforderung einer politischen Elitenherrschaft, die Betonung von ethnischer ‚Wir‘- und ‚Nicht-Wir‘-Unterscheidung sowie das Einfordern von Homogenität für eine nationale Sozialordnung. Deutlich wird dabei eine rechtsextremistische Ausrichtung, die Gedankengut aus dem rechten Milieu der Weimarer Republik wieder aufnimmt.

Wieder anders fällt die Perspektive aus, wird auf Rechtsextremismus aus dem Blickwinkel von Betroffenen geschaut. Leidinger und Rahner nehmen bewusst und konsequent nicht die desengagierte Perspektive der Fachwissenschaftlerin, sondern die solidarische und betroffene Perspektive von sich queer-feministisch verstehenden Menschen ein. Aus diesem Blickwinkel geht es gerade nicht um die feinziselierten Verzweigungen (pseudo-)elitärer oder (pseudo-)intellektueller Diskurse, sondern um die Eindrücke und Erfahrungen struktureller wie individueller Gewalt, wie sie nicht an den unscharfen Rändern der Diskurse, sondern im scharfen Fokus der Praktiken rechter Vergemeinschaftungen ihren Kern haben. Vor einem strukturell ähnlichen Hintergrund berichten Raabe und Scholing aus Betroffenenperspektive. Als Nachbarn in dörflichen Strukturen mit rechten Ansiedlungen und Ausführungen konfrontiert, geben sie konkrete Hinweise, wie und wo Zeichen und Signale rechts-extremer Vergemeinschaftungen erkannt und gedeutet werden können.

3. Lösungsvorschläge

Die Beiträge des hier zusammengetragenen Sammelwerkes zeigen beispielhaft, wie vielfältig Versuche der Systematisierung und Operationalisierung entsprechend der komplexen Ausgangslage ausfallen können. Die dahinterliegende Zielsetzung aber war, über die Systematisierung hinaus Handlungsmöglichkeiten auszuloten. Bei der Zusammenschau der Beiträge zeigt sich, dass unterschiedliche Gliederungsperspektiven möglich sind.

Die Beiträge können entlang einer Reihung von Graden der Betroffenheit gegliedert werden. Bei einer solchen Betrachtung stehen Beiträge, die versuchen, desengagiert zu analysieren (vgl. z. B. Beelmann, Pfahl-Traugher, Krieg) am einen Ende, Beiträge, die versuchen Betroffenen, bürgerschaftlich Engagierten konkrete Hinweise zu geben (vgl. z. B. Raabe/Scholing und Haase), am anderen Ende.

Die Beiträge können entlang einer sozialarbeiterisch motivierten Reihung von Präventions-, Interventions- und Nachsorgeansätzen gegliedert werden. Zum Beispiel dekliniert in diesem Band Tepper auf der Basis der Systematisierung von Motivkonstellationen prototypisch Ein- und Ausstiegsprozesse in und aus rechtsextremen Szenen durch und baut darauf die Darstellung von Best-Practice der Vor- und Nachsorgearbeit auf.

Die Beiträge können entlang einer erziehungswissenschaftlich grundierten Systematisierung von politischer Bildungsarbeit und sozialpädagogischer Präventions- und Interventionsarbeit andererseits gegliedert werden. Der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung fasst den erziehungswissenschaftlich-soziologischen Diskussionsstand zusammen (vgl. BMFSFJ 2020). Demnach besteht unter Fachleuten einerseits Einigkeit über die Notwendigkeit der weiteren fachlichen Vernetzung von politischer Bildungsarbeit und Präventionsarbeit gegen Extremismus. Andererseits aber werden auch die eigenen disziplinär ausdifferenzierten Fachlichkeiten und Zugänge von Schulpädagogik, politischer Bildungsarbeit und sozialräumlich-lebensweltlich bezogener Sozialpädagogik in ihrer Wertigkeit und Bedeutung betont. Politische Bildung ist mehr und anderes als Extremismusprävention, die Aufgaben der außerschulischen Bildungsarbeit gehen nicht in den Aufgaben der Sozialpädagogik auf – et vice versa. Politische Bildungsarbeit ist anderes als ein Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Missstände, sie ist nicht politische Sozialisationsbegleitung wie extremismuspräventive Sozialarbeit. Vielmehr geht sie, normativ gerahmt von der Zielperspektive der politischen Mündigkeit und sozialen Handlungsfähigkeit der Person, von positiven Perspektiven auf freie Gesellschaft und Persönlichkeitsentwicklung bei gleichzeitiger politikdidaktischer Analyse von Unterrichtsgegenständen und Darbringungsmitteln aus. Mit solchen Fragen beschäftigen sich etwa die Beiträge von Maximilian Lorenz, Heinrich und Thomsen in diesem Band.

Lorenz macht auf die grundlegende und aus politikdidaktischer Sicht vorgeordnete Dimension von Demokratiebildung aufmerksam. Erst, wo dafür eine

klare Orientierung und – auch empirisch evaluierbare – Qualitätskriterien vorliegen, kann von einem solchen Niveau der Systematisierung ausgehend eine Verknüpfung etwa mit eher lebensweltlich orientierten Ansätzen der Sozialpädagogik und Sozialarbeit erfolgen.

Heinrich systematisiert die Eigenlogik der politischen Bildung als Demokratiebildung. Für die Systematisierung sind, so macht sie deutlich, Anknüpfungspunkte zwischen Systemen und Institutionen, Unterrichtsziele, Unterrichtsmaßnahmen und Unterrichtsmittel aufeinander bezogen zu entwickeln. Erst, wenn die politikdidaktische Eigenlogik ausgearbeitet ist, kann in einem gestuften Prozess von der Demokratiebildung zur Extremismusprävention eine gelingende Vernetzung aufgebaut werden.

Wie auf der Basis einer solchen Klärung ein Vorgehen in einem konkreten Fall, hier aus dem Bereich der Schulpädagogik, einer pädagogischen Kasuistik mit ihrer im Ergebnis folgenden Handlungsorientierung aussehen kann, führt Thomsen in ihrem Beitrag exemplarisch vor. Deutlich wird hierbei, wie, nochmals vorgeordnet, professionelle Grundlagen des klassischen Lehrerhandwerks der Fallanalyse, der didaktisch-methodischen Reduktion, auch des ‚pädagogischen Taktes‘ eine zentrale Rolle für gelingende Fallbearbeitungen spielen.

Wieder anders können Befundlagen, Bildungs- und Präventionsansätze entlang von Lebensalter und Lebenslagen systematisiert werden. Würde eine solche Gliederung gewählt, käme der Beitrag von Peter Keßel und Astrid Krus als erster. Sie verdeutlichen am Feld der frühkindlichen Bildung, wie komplex bereit in jungen Jahren Förder-, Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen aufeinander abgestimmt werden müssen, um Förderung von Resilienz zur altersgemäßen Demokratiebildung als Basis einer gefestigten Persönlichkeit miteinander zu vernetzen. Sie bieten einen systematisierenden Überblick für Erzieherinnen und Erzieher, wie und wo in der professionell veranstalteten frühkindlichen Bildung bereits auf Extremismusprävention als Persönlichkeitsstärkung hingearbeitet werden kann.

Noch wieder anders kann auch mit einem sehr viel weiteren Verständnis von Sozialer Arbeit und Bildungsbemühungen hin zu politischer Bewusstheit auf das Themenfeld geschaut werden. Dann spannen sich Fragen der Ermächtigung vom Grundsätzlichen – der Befähigung („Capability“) zur Beteiligung im Angesicht vielfältiger externer Faktoren – bis hin zum Konkreten – der Frage der bürgerschaftlichen Selbstermächtigung (vgl. die Beiträge von Hans Lepel und Stefan Müller-Teusler sowie von Rabe und Scholing in diesem Band).

Die Beiträge können hinsichtlich ihres primär aufklärenden Ansatzes bzw. hinsichtlich ihres primär handlungsermächtigenden Ansatzes gegliedert werden.

So bietet Thomsen für den Bereich der Schulpädagogik ein konkretes Fallbeispiel für Handlungsoptionen auf der Ebene des Lehrerhandelns in vorfindlichen schulpädagogischen Settings. An diesem entlang verdeutlicht sie, nach welchen professionellen Standards mit einem Konfliktfall im Unterrichtsgeschehen und Schulalltag umgegangen werden kann.

Der klientenzentrierten Perspektive in der Sozialarbeit mit Opfern rechter Gewalt wendet sich demgegenüber Haase zu. Sie verdeutlicht die dilemmatischen Grundstrukturen des Konzeptes parteilicher Beratungsarbeit, wie es in der Sozialen Arbeit bekannt und durchaus verbreitet ist, und zeigt auf dieser Basis Handlungsoptionen für eine geeignete Beratungsperspektive für die Arbeit mit Opfern rechter Gewalt auf.

Einer der Interaktionsebene vorgeordneten Perspektive auf Organisation und Vernetzung geben demgegenüber Christoph Gille, Birgit Jagusch, Christine Krüger und Júlia Wéber Raum. Sie gehen in ihrem Beitrag zwar von ihren Forschungsergebnissen zu rechtsextremistischen Einflussversuchen im Feld der Sozialpädagogik in Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern aus, wenden diese jedoch hin zu klaren Empfehlungen für die Entwicklung und Vernetzung von Organisationsstrukturen und -prozessen über den regionalen Einzelfall hinaus.

Auf der anderen Seite sind grundsätzliche Aufklärungen über Tendenzen und Veränderungen in gesellschaftlichen Kommunikationsstrukturen und -prozessen nicht zu vergessen.

Binicie etwa bietet mit seinem Beitrag einen Problemaufriss zur Frage, wie und in welcher Weise Verschwörungsmythen einerseits kulturell tief in der abendländischen Tradition verankert sind, zugleich aber auch durch neue Medien neue Verbindungen eingehen und soziale Dynamiken entfalten.

Wasserloos wendet sich einem anderen pop-kulturellen Phänomen, nämlich dem Cross-Channeling von Film und Social Media, zu. Sie erläutert, wie hier auf der Ebene kultureller Wahrnehmungsmuster völlig neue Identitätsangebote rechter Szenen entstehen, die nicht in die sog. ‚Mitte‘ von Gesellschaft und Kultur übergreifen, sondern vielmehr umgekehrt aus dieser entspringen und von rechts mit Umdeutungen unterlegt werden.

Vor dem Hintergrund der Vielzahl möglicher Gliederungen wurde letztlich eine andere Gliederungsentscheidung gewählt. Da es sich bei diesem Band, mit der Ergänzung einzelner im Nachgang zusätzlich angefragter Beiträge, um die Dokumentation einer regionalen Fortbildungs- und Vernetzungsveranstaltung handelt, haben wir Herausgeber uns entschlossen, die ursprüngliche Gliederung beizubehalten. Nach einem relativ kurzen ersten Teil mit grundlegenden Aufklärungen und Systematisierungen zum Themenfeld folgt ein umfangreicher zweiter Teil, der Darstellungen und Erörterungen zu jeweils spezifischen Facetten des Themenfeldes Raum gibt. Auf der ursprünglichen Tagung wurden sie ‚Perspektiven‘ genannt, die dazu einladen sollten, Fachleute mit engagierten Angehörigen der Zivilgesellschaft in Dialoge zu bringen. Im diesen Sinne sei auch hier zur Lektüre eingeladen.

Literaturverzeichnis

- Böhnisch, Lothar (2017): *Abweichendes Verhalten*. 5. Aufl. Weinheim: Beltz Juventa.
- Bundesrepublik Deutschland / Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Bonn: BMFSFJ. Online-Dokument: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238> (Stand: 08.10.2022).
- Butter, Michael (2018): *Nichts ist, wie es scheint. Über Verschwörungstheorien*. 2. Aufl. Berlin: Suhrkamp. (es; Sonderdruck).
- Jaschke, Hans-Gerd (2001): *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Pelinka, Anton (2022): *Faschismus. Zur Beliebigkeit eines politischen Begriffs*. Wien u. a.: Böhlau.
- Speit, Andreas (2021): *Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus*. Berlin: Ch. Links Verl.
- Tönnies, Ferdinand: *Gemeinschaft und Gesellschaft. 1880–1935*. Hrsg. v. Bettina Clausen u. Dieter Haselbach. Berlin u. a.: De Gruyter. (Ferdinand Tönnies Gesamtausgabe; Band 2).
- Willms, Johannes (2005): *Napoleon. Eine Biographie*. München: Beck.

Demokratie als lohnendes Unterfangen der Neuzeit

Hans Lepel / Stefan Müller-Teusler

1. Erfolgsmodell Demokratie

Einleitung

Demokratie in der Krise! Unserer Demokratie gehen die Demokraten aus! So lauten Kommentare, wenn die Wahlbeteiligung sinkt. Und so lesen wir in den Schlagzeilen, wenn die extremistischen Parteien vom rechten und linken Rand es wieder in ein Parlament geschafft und dabei vielleicht ihren Stimmenanteil noch ein wenig vergrößert haben. Die Demokratie kann scheinbar die Erwartungen von verschiedenen Bürgergruppen nicht erfüllen, so dass ‚Wutbürger‘ die Verwirklichung ihrer persönlichen Lebensentwürfe gefährdet sehen. Weiteren Kritikern wiederum erscheinen die Demokratie und ihre politischen Vertreter zu schwerfällig oder gar handlungsunfähig, wenn auch in Zeiten der politischen Krisen Entscheidungsfindungen ihre demokratische Zeit brauchen. Demokratie auf dem globalen Rückzug! So heißt es, wenn bei jährlichen Zahlenvergleichen mehr Menschen auf allen Kontinenten unter der Herrschaft von Autokraten leben. Andere wiederum behaupten, Demokratie erschöpfe sich in nur noch formellen Akten des Kreuzchensetzens auf dem Wahlzettel, und zweifeln den Sinn der repräsentativen Demokratie an.

So oder ähnlich lassen sich immer wieder kritische Behauptungen vernehmen, wenn die Ergebnisse von Wahlen und das Wählerverhalten kommentiert werden. Und Zahlenvergleiche werden herangezogen, um den angeblich schwindenden demokratischen Kern der Gesellschaft zu belegen.

Doch Demokratie bedeutet Veränderung; sie lebt von der ständigen Veränderung und Anpassung. Auch wenn die nationalen politischen Institutionen, die an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind, sich in Deutschland seit 1949 formal nicht verändert zu haben scheinen, haben sich die Akteure verändert – die Bürger und Wähler, ihre Lebens- und Rahmenbedingungen, ihre Lebensziele und Erwartungen an Politik und Gesellschaft. Das wird auch an den Verschiebungen in der Parteienlandschaft ablesbar.

Demokratie ist nicht die Ursache von Krisen, sondern in der Regel eine Antwort auf eine tiefe politische und soziale Krise.

Das zeigt auch der Blick in die über zweitausendjährige Geschichte der politischen Systeme: Als das antike Athen Ende des 6. Jahrhunderts eine schwere politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise erlebte, leiteten Solon und sodann Kleisthenes mit ihren Reformen die Entwicklung zur attischen Demokratie ein, die unter Perikles in der Mitte des 5. Jahrhunderts durch verbesserte Partizipationsbedingungen der Bürger ihren ersten Höhepunkt erlebte – allerdings war sie auf die freien männlichen Bürger beschränkt; Frauen, Sklaven und Ausländer blieben ausgeschlossen. Damit umfasste, bei insgesamt etwa 300.000 Einwohnern des Stadtstaates zu seiner Blütezeit, die Zahl der partizipierenden Bürger nur etwa 35.000, von denen sich zumeist nur ca. 6.000 zu politischen Versammlungen auf der Agora trafen. Beendet wurde die attische Demokratie durch die Eroberung und Herrschaft durch den Makedonier Alexander den Großen.

Durch das Mittelalter hindurch folgten bis in die Neuzeit dunkle Jahrhunderte für die Demokratie. Die Idee von der Herrschaft Einzelner wurde aus einem unveränderlichen göttlichen Willen abgeleitet. Erst in der Aufklärung führte die Vorstellung von der Vernunftbegabtheit aller Menschen dazu, dass Herrschaft und gesellschaftliche Ordnung nicht mehr als göttlich gegeben angesehen wurden; Missstände konnten kritisiert werden, alle Menschen sollten von ihrem angeborenen Mitspracherecht Gebrauch machen können. Begleitet von massiven wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen durch frühe Formen der Industrie und durch wachsenden Handel wurde die Legitimierung von Herrschaft auf eine neue, nun vertragliche Basis gestellt: Herrschaft war in einem großen Gemeinwesen, also auch dem Staat, zwar unabdingbar, aber sie sollte auf einem freiwillig geschlossenen Vertrag aller Menschen basieren. Mit dem Aufstieg des Bürgertums entfaltete diese Idee eine ungeheure Sprengkraft: Bürgerrechte, Volkssouveränität und deren Absicherung in einer schriftlichen Verfassung wurden als die Kernprinzipien der modernen Demokratie formuliert.

Die Entmachtung der alten Gewalten und der Übergang zu bürgerlich geprägten demokratischen Systemen vollzogen sich zumeist in revolutionären Brüchen: Die revolutionären Ereignisse in Amerika ab 1763 und in Frankreich ab 1789 entwickelten eine große politische Wirkung auf die absolutistischen Staaten Europas. Auch wenn der Widerstand der ‚alten Mächte‘ in der Zeit der Restauration die Oberhand zu behalten schien, so waren doch die demokratischen Ideen nicht mehr auszulöschen. Volkssouveränität, allgemeine Menschenrechte, republikanisches Denken, Trennung von Kirche und Staat, Gewaltenteilung zur Begrenzung der Macht der politischen Eliten sowie das Streben nach einer Verfassung, die alles das für den Erhalt der Freiheit unumstößlich und auf Dauer absichern sollte, bildeten fortan die Kernelemente des politischen Gegenentwurfes der liberalen Demokratie. Die Industrialisierung und deren sozialen und wirtschaftlichen

Folgen förderten die Verbreitung demokratischer Ideen im Deutschland des 19. Jahrhunderts, v. a. durch die Forderungen der politischen Opposition. Diese Entwicklung konnte auch durch die Schaffung des deutschen Nationalstaates und eine nach Weltmacht strebende Außenpolitik nicht aufgehalten werden.

Eine erneute Bruchlinie bildeten die revolutionären Ereignisse um den 9. November 1918. Demokratische Strukturen sollten helfen, die tiefe politische Krise in Deutschland zu überwinden. Eine gewählte Nationalversammlung und eine moderne Verfassung bildeten die Basis für einen demokratischen Staat. Doch Strukturschwächen in der Verfassung, ausgenutzt von den wachsenden Kräften an den antidemokratischen Rändern, und die schwindende demokratische Begeisterung in der Mitte der Gesellschaft konnten der jungen Weimarer Republik nicht das Überleben sichern.

Faschistische Bewegungen nutzten in der Zwischenkriegszeit in mehreren europäischen Staaten die vielfältigen Nöte und Unzufriedenheit der Bevölkerungen und etablierten undemokratische autokratische Systeme. Ungezügelter nationaler Egoismus und menschenverachtende Gesellschaftspolitik bewirkten die Katastrophe des 2. Weltkrieges mit Millionen von zivilen und militärischen Opfern.

Erneut konnte nach 1945 nur ein demokratischer Neuanfang den Weg aus der großen Krise bahnen. Mit den Lehren aus dem gescheiterten demokratischen System der Weimarer Republik wurde nach der Vorarbeit des Parlamentarischen Rates 1949 das Grundgesetz verabschiedet, das seitdem die Grundlage der bestehenden liberalen Demokratie bildet.

Seit mehr als 70 Jahren hat sich die liberale Demokratie auch dank ihrer Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit als Erfolgsmodell erwiesen. Sie hat mit ihrer offenen Streitkultur in der Regel mehrheitsfähige Antworten auf grundsätzliche aktuelle Fragen gefunden – auch gegen die rechtsextremistische Bestrebung, einen „einheitlichen Volkswillen“ zu vertreten.

2. Bürgerbeteiligung

Kern der Demokratie ist die breite und effektive Beteiligung ihrer Bürger*innen, die nicht nur regelmäßig ihre politischen Führungspersonen und Vertreter wählen und dabei auch über Sachfragen entscheiden, sondern sich darüber hinaus im politischen Entscheidungsprozess (in Parteien und Gremien) engagieren können und wollen. Das mag in Formen der repräsentativen oder partiell auch der direkten Demokratie geschehen. Doch das Engagement der Bürger*innen, gemessen an der Wahlbeteiligung, unterliegt Schwankungen. Häufig spricht eine sinkende bzw. niedrige Wahlbeteiligung nicht mehr für eine funktionierende Bürger*innenbeteiligung – sei es bei Kommunalwahlen, einigen Landtagswahlen oder auch Wahlen zu einem nationalen Parlament (wie z. B. 2022 in Frankreich), wenn

weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und in der Folge die Mandatsträger nur von ca. 25 % der Wahlberechtigten unterstützt werden und die Gruppe der Nichtwähler manchmal die größte Gruppe darstellt.

Dabei greift der Staat mit seinen Entscheidungen immer tiefer in das Leben und den Alltag seiner Bürger*innen ein. Der Komplexität der Probleme entspricht die Komplexität ihrer möglichen Lösungen auf allen Ebenen. Sehr deutlich wird das am Beispiel des Klimaschutzes: vom Bau von Windrädern vor Ort, über klimaschützende Bauvorschriften, die Lenkung des individuellen Ressourcenverbrauchs, die Gestaltung der Städte und des individuellen und öffentlichen Verkehrs bis zur globalen Ressourcenausbeutung der verschiedenen Energieträger. Die Bürgerinnen und Bürger sind (auf-)gefordert, als Betroffene Lösungen und Maßnahmen für ihren Bereich mitzugestalten.

Der aktuell starke Mitgliederschwund der meisten Parteien scheint ein schwindendes Bürgerengagement zu belegen: Seit 1990 hat sich die Gesamtzahl der in Parteien organisierten Bürger von ca. 2,4 Millionen auf ca. 1,2 Millionen Parteimitglieder halbiert, wobei der Mitgliederschwund in den Parteien sehr unterschiedlich ausfällt und nur wenige Parteien mehr Mitglieder für sich gewinnen konnten. Gleichzeitig entstehen neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements bei Wahlen, z. B. über lose verbundene unabhängige Wählergemeinschaften, und der Bürgerbeteiligung bei der Vorbereitung von Planungen und Entscheidungen: Bürger(-gruppen) werden z. B. zur Mitarbeit an der Stadtentwicklung eingeladen; dabei werden in einigen Kommunen wie schon im antiken Athen Bürger für die Mitarbeit für einen bestimmten Zeitraum durch das Los ermittelt. Durch Jugendparlamente erhält das Interesse junger Menschen eine eigene Plattform. An der Stelle der früheren Bürgerinitiativen entstehen neue Beteiligungs- und Aktionsformen, z. B. Fridays for Future, die in die öffentlichen Diskussionsprozesse eingebunden werden. Darüber hinaus wird die Herabsetzung des Wahlalters erwogen, und den Wählern wird vielfach durch das Kumulieren und Panaschieren bei der Stimmabgabe mehr Einfluss bei der Wahl der Abgeordneten eingeräumt.

Diese Beteiligungsformen können die Vielfalt der Betroffenen widerspiegeln, sei es nun sozial, kulturell, altersabhängig. Das ermöglicht den Austausch und den Ausgleich der großen Bandbreite der Interessen. Pluralismus bewegt sich ständig in der Spannung zwischen Konsens und Konflikt. Der Kompromiss am Ende eines Entscheidungsweges ist der Sieg der Demokratie, nicht ihre Niederlage.

Damit verbunden ist die Vorstellung vom autonomen Bürger, der in seinem politischen Handeln von seinen persönlichen Interessen, Wünschen und Erwartungen geleitet wird, zum Nutzen für sich und seine Gruppe. Mit der (Ab-)Wahl entscheidet der Bürger über das bisherige und künftige Handeln des Politikers und wirkt der möglichen Entfremdung zwischen Bürger*innen und Politiker*innen („die da oben“) und einer sich eventuell verfestigenden Elitenbildung zumindest ansatzweise entgegen.

Geleitet von Pluralismus, vom Prinzip der Meinungs- und Pressefreiheit und Toleranz ringt die Demokratie immer wieder lange darum, eine Position der wehrhaften (Selbst-)Verteidigung gegen ihre inneren Feinde zu gewinnen. Deshalb steht das Verbot von politischen Gruppierungen und Parteien nicht den politischen Akteuren (Regierung, Parlament) im politischen Alltag zu, sondern ist wegen seiner besonderen politischen Bedeutung den hohen Maßstäben des Bundesverfassungsgerichtes unterworfen. Bislang wurden in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nur zwei Parteien als verfassungswidrig verboten, die postnationalsozialistische SRP (1952) und die KPD (1956).

Die Erkenntnis, dass ihnen die Demokratie die Möglichkeit bietet, selbstbestimmt in Sicherheit und Freiheit zu leben und die Chance zur persönlichen Entwicklung und Realisierung ihrer individuellen Ziele zu nutzen, veranlasst Millionen von Menschen weltweit, autokratischen Systemen den Rücken zu kehren und sich auf gefährliche Fluchtwege zu begeben.

Doch die demokratische Gesellschaft und das demokratische politische System müssen sich immer wieder auf neue innere Entwicklungen und deren Rückwirkungen einstellen. So braucht es im Rahmen der europäischen Integration auf EU-Ebene weiter entwickelte Formen von effektiver und befriedigender politischer Partizipation zum Nutzen der Bürger, um das Gebäude der europäischen Institutionen umfassend demokratisch zu legitimieren. Damit kann den sog. Populisten und den extremistischen Parteien, die die europäische Integration weitgehend ablehnen, mit ihren falschen Heilsversprechen zum scheinbaren Nutzen der eigenen Nation eher der Boden entzogen werden. Auch die wachsende sozioökonomische Ungleichheit mit ihren negativen Auswirkungen auf die politische Partizipation durch Abwendung von der Politik stellt eine umfassende sozialpolitische Aufgabe dar.

Damit die demokratischen Rechte aller EU-Bürger uneingeschränkt gewahrt bleiben, muss die Gewaltenteilung geschützt werden, und zwar auch gegen gewählte europäische Regierungen, die freiheitsfeindliche autokratische Ziele verfolgen, indem sie die Partizipation von bestimmten Minderheiten massiv einschränken. Gleiches gilt für die Pressefreiheit, die in einigen Staaten zunehmend gezielt von Regierenden eingeschränkt wird; denn Kritik und Wahrheit sind nicht in jedem System und nicht jedem Politiker willkommen.

Neue Gefahren für den Prozess der politischen Meinungsbildung drohen den demokratischen Staaten durch Manipulationen in den Sozialen Medien, mit denen auch Wahlen beeinflusst werden sollen. Die Diskussion über effektive, aber schwierige Gegenmaßnahmen hat begonnen.

Doch auch diesen Problemen wird die Demokratie entgentreten, denn nicht die Demokratie ist das Problem, sondern sie ist der erfolgversprechendste Weg zu einer Lösung, wie auch der Politologe Daniel Dettling 2017 in seinem Aufsatz „Die Neuerfindung der Demokratie“ betont.

Demokratie ist ein lebendiges Konstrukt, dessen grundlegende Werte und Bezüge immer wieder neu verortet werden müssen. „Demokratie ist nie etwas selbstverständliches, sondern ein labiles Gut“ (Alemann, 2022, S. 249). So ist die Frage des Verständnisses von Demokratie längst nicht überall gleich, selbst wenn Regierungen sich so definieren (Alemann, 2022, S. 246 ff.). Da hat auch damit zu tun, dass Werte, auf denen Gesellschaften basieren oder die in Gesellschaften eine große relevante Rolle einnehmen, auch immer wieder neu diskutiert und verortet werden müssen wie z. B. Identitätspolitik (Kovacs, 2022, S. 251 ff.), Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit (Greßner, 2022, S. 259 ff.) und Toleranz, Pluralität und Streitkultur (Basedahl, 2022, S. 269 ff.).

3. Demokratie als (mühsame) Aufgabe

Demokratie – das ist im Vorangegangenen deutlich geworden – ist ein ‚mühsames‘ Unterfangen. Demokratie ist nichts Statisches, sondern immer etwas Dynamisches. Das hat mit den Entwicklungen in anderen Ländern, aber auch gesellschaftlichen Konstellationen und Umbrüchen zu tun. Die Demokratie (Deutschlands) ist derzeit wieder besonders (heraus-)gefordert, nicht zuletzt aufgrund von Themen wie den nachfolgend nur angedeuteten:

- Digitalisierung
- Demographischer Wandel
- Klimawandel
- Nachhaltigkeit
- neue Unsicherheiten/Transformationen
- Sozialer Wandel, insbesondere der gesellschaftliche Zusammenhalt
- Spaltung der Gesellschaft, beispielsweise durch größere Kluft von arm und reich u. a. m.

Hier überlagern sich auch viele Dinge, Klimawandel und Nachhaltigkeit sind eng miteinander verbunden, aber das gilt auch für andere Themenbereiche. Das ist auch keine abschließende Aufzählung, sondern das sind einige wesentliche Schlagworte, die derzeit im Raum stehen oder in der nahen Zukunft unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben bestimmen werden. In diesen Kontext gehören auch immer wieder grundsätzliche Veränderungen und damit auch Verunsicherungen. Das wird von verschiedenen Gruppen und Gruppierungen genutzt, um die Verunsicherungen zu instrumentalisieren und für ihre Zwecke auch umzudeuten. Insbesondere rechte und rechtspopulistische Parteien, Gruppierungen und Organisationen versprechen scheinbar eindeutige Lösungen bzw. haben viele Aussagen parat, wer an den Zuständen ursächlich ist und wie diese

abgestellt oder geändert werden könnten. Die Rhetorik ist einerseits simpel, aber andererseits auch sehr geschickt (vgl. dazu Detering 2019). Einfache Antworten auf komplexe Fragestellungen – das passt eigentlich nicht, aber genau das versprechen solche plakativen Behauptungen.

Demokratie muss sich hier auch wieder beweisen: einerseits als Form des Diskurses, des Ringens um die Lösungen (was sich teilweise eben auch in den parteipolitischen Programmen ausdrückt) und andererseits als Angebot seitens der parlamentarischen Politik (sowohl im Bund als auch in den Landesparlamenten als auch in den Kommunalgremien) für Bürger*innen, zumindest gedankliche Anregungen und Ausblicke zu geben, wie Dinge zukünftig konstruktiv gestaltet werden können. Insofern ist Demokratie eine mühsame Aufgabe – eine steti-ge Auseinandersetzung und Befassung mit solchen Fragen und eine Suche nach Antworten und Lösungen auf verschiedenen Ebenen. Erschwerend kommt hinzu, dass Menschen für solche Fragen auch gewonnen werden müssen, es sich lohnen muss, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen und nicht angesichts der Komplexität und Verwobenheit zu resignieren, weil gefühlt die Einflussmöglichkeiten oder Änderungspotenziale nicht gegeben sind.

Hier schließt sich der Kreis auch zu einer Handlungsperspektive für die Soziale Arbeit: Klientinnen und Klienten müssen vor einem solchen Populismus bewahrt werden, widerspricht es doch jeglicher Grundhaltung Sozialer Arbeit, beispielsweise exkludierende Positionen zu vertreten. Während Politik und Demokratie systemische Gebilde und betreute Menschen Individuen sind, so benötigen sie doch zur Fortführung und konstruktiven Weiterentwicklung das gleiche: Empowerment. Das System benötigt diese Befähigung oder Ermächtigung, um sich aus der Gegenwart für die nahen und fernen Fragen der Zukunft weiterzuentwickeln. Die betreuten Menschen benötigen Empowerment, um die Geschicke ihres Lebens (wieder) selbst in die Hand zu nehmen oder zumindest Ansätze zu erfahren, dass sie als Person auch Fähigkeiten und Kompetenzen besitzen, um ihre eigenen Interessen zu entdecken und zu artikulieren (Seckinger 2018, S. 317 ff.). Ergänzend zur Lebensweltorientierung wird Empowerment auch als Teil einer Handlungstheorie einer daseinsmächtigen Lebensführung verstanden (vgl. Röh 2013).

Soziale Arbeit ist in ihrer Ausrichtung auf Lebensweltorientierung mit der Zivilgesellschaft unmittelbar verknüpft (vgl. Roß 2016, S. 312 ff.). Wie allgemein schon das Verhältnis von parlamentarischer Politik und Gesellschaft nicht spannungsfrei ist oder sogar auch immer etwas spannungsgeladen sein muss (im Sinne eines Diskurses), so ist es auch in der Wechselwirkung von Sozialer Arbeit und Demokratie – sowohl bezogen auf die Disziplin und die politische Ideologie wie auch auf einzelne Handlungsfelder und spezifische Fragestellungen (vgl. dazu Köttig/Röh, 2019). Gerade in dem Kontext dieses Buches ist die Frage der Demokratie als ein gesellschaftlicher Rahmen für Teilhabe und Integration (mit dem Begriff Inklusion sollte keine sprachliche Inflation erfolgen; vgl. dazu auch Winkler, 2018) von einer fast überlagernden Relevanz.

4. Demokratie lohnt sich

Seit ca. 70 Jahren ist Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland das praktizierte politische System, wobei Demokratie keine klare Ideologie ist oder hat, sondern eine Entwicklung aufgrund von geschichtlichen Ereignissen, gesellschaftlichen Tendenzen, verschiedenen Debatten, wissenschaftlichen Erkenntnissen und einigen Dingen mehr ist. Jede(r) kann sich erinnern, was sich durch Gesetze verändert hat, welche epochalen Ereignisse es gegeben hat, wie sich politische Ansichten durchgesetzt haben und welche Debatten es gegeben hat – offiziell in Parlamenten und Medien und weniger offiziell in Gesellschaft, Stammischen, Freundeskreisen und anderen Zirkeln. Bei aller berechtigten Kritiken, aktuell und aus der Rückschau, lässt sich bilanzierend doch festhalten, dass Demokratie zwar nicht krisenresistent ist, aber in Krisen auch (gut) funktionieren kann. Wenn dann noch Werte wie Humanität, Menschenrechte und Freiheit(en) ins Feld geführt werden, dann gibt es keine Alternative. In der Sozialen Arbeit wird nach wie vor über die Disziplin als Menschenrechtsprofession diskutiert (vgl. dazu z. B. Lambers, 2020). Unabhängig von der jeweiligen (fachlichen) Meinung zu diesem Ansatz wird es wohl keine ernstzunehmenden Stimmen geben, die diese Werte wirklich in Frage stellen.

In Zeiten der Transformation, insbesondere im Kontext von Nachhaltigkeit, sind Bürger*innen wieder mehr selbst gefragt, Dinge ihrer Umwelt und auch ihres Lebens stärker zu gestalten und in die Hand zu nehmen. Das gilt für alle Menschen in dem jeweiligen Sozialraum/Kiez/Gemeinwesen, weshalb der Sozialraumorientierung eine gesteigerte Bedeutung (vgl. umfassend dazu Kessl/Reutlinger, 2019) zukommt, weil hier Lösungen und Initiativen entwickelt werden, die den Bedarfen der Menschen vor Ort entsprechen, und ihre eigene Expertise darin auch einfließt (vgl. dazu z. B. Franz/Kaletka, 2018). Damit kommen Momente wie Bürgerbeteiligung, Teilhabe, Stadtteilkonferenzen und anderes mehr wieder stark in den Vordergrund. Mit anderen Worten: Dialogisch geht es um den Einbezug vieler Menschen und den Ausgleich und die Abwägung verschiedener Interessen. Das bedeutet aber auch, dass die Demokratie in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit einer tiefgreifenden Veränderung bedarf, um diesem Anspruch und dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen (vgl. dazu ausführlicher Dux, 2019, insbesondere S. 282 ff.). Die Gefahr der Vereinnahmung von rechtspopulistischen oder sogar rechtsextremistischen Bewegungen oder Gruppierungen ist immens hoch. Daher muss Soziale Arbeit nicht nur in der Binnenwirkung auf die betreuten Menschen auf rechtspopulistische Strömungen und Verführungen achten, sondern im Sinne der Entwicklung der Lebensbedingungen aller Menschen auch auf den politischen und gesellschaftlichen Kontext.

Das wiederum weist auf ein Kernelement Sozialer Arbeit hin, das auch schon mehrfach angesprochen wurde: den Dialog. Sowohl auf der gesellschaftlichen wie auf der politischen wie auf der Care-Ebene ist der Dialog die elementarste

und wichtigste Form der aktiven Ansprache und erste Form der Teilhabe gegenüber den Individuen und Gruppen. Patrick Oehler skizziert Demokratie als Programm und Methode Sozialer Arbeit, räumt ihr also eine wesentlich größere Bedeutung ein denn ‚nur‘ als theoretisches oder politisches Konzept, sondern auch als ein arbeitsfeldübergreifendes Handlungskonzept professioneller Sozialer Arbeit (vgl. Oehler 2018, S. 253 ff.). Vor diesem Hintergrund bestimmt er den Dialog als Kernelement demokratischer Professionalität (ebd., S. 309 ff.). Darin liegt auch ein großes Potenzial für die Soziale Arbeit: „Chancenreicher ist eine selbstbewusste professionelle Praxis Sozialer Arbeit, wenn sie nicht nur wissenschaftsbasiert und an einem berufsethischen Kodex orientiert ist, sondern wenn sie strategisch und methodisch einen dialogisch-demokratischen Praxisrahmen nutzt, in dem Prozesse des Erkennens und Verstehens, der Veränderung und Weiterentwicklung von den Klientinnen und Klienten, aber auch von den Professionellen selbst unmittelbar erfahren und reflexiv hervorgebracht werden können [...] Demokratische Soziale Arbeit ist in ihrer experimentierenden, zukunfts offenen professionellen Praxis auf solche Höhepunkte aus“ (ebd., S. 315 f.). Vor diesem Hintergrund lohnt sich Demokratie sowieso und auf jeden Fall.

Literaturverzeichnis

- Alemann, U. v. (2022): Demokratie ist überall, ist überall auch Demokratie? In: Alemann, U. v.; Basedahl, N.; Greßner, G.; Kovacs, S.: Politische Ideen im Wandel der Zeit. Opladen u. a.: Budrich.
- Alemann, U. v.; Basedahl, N.; Greßner, G.; Kovacs, S. (2022): Politische Ideen im Wandel der Zeit. Opladen u. a.: Budrich.
- Basedahl, N. (2022): Toleranz, Pluralität und Streitkultur; in: Alemann, U. v.; Basedahl, N.; Greßner, G.; Kovacs, S.: Politische Ideen im Wandel der Zeit. Opladen u. a.: Budrich.
- Detering, H. (2019): Was heißt hier ‚wir‘? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten. 6. durchges. u. bibliogr. erg. Aufl. Ditzingen: Reclam.
- Detting, D. (2017): Neo-Politik: Die Neuerfindung der Demokratie; verfügbar unter <https://www.zukunftsinstitut.de/artikel/neo-politik-die-neuerfindung-der-demokratie/>. (Stand: 17.02.2023).
- Dux, G. (2019): Demokratie als Lebensform. Die Welt in der Krise des Kapitalismus. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Franz, H.-W.; Kaletka, C. (Hrsg.) (2018): Soziale Innovationen lokal gestalten Wiesbaden: Springer VS.
- Greßner, G. (2022): Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit – ein Blick auf aktuelle Diskurse. In: Alemann, U. v.; Basedahl, N.; Greßner, G.; Kovacs, S.: Politische Ideen im Wandel der Zeit. Opladen u. a.: Budrich
- Kessl, F.; Reutlinger, C. (Hrsg.) (2019): Handbuch Sozialraum. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Köttig, M.; Röh, D. (Hrsg.) (2019): Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Opladen u. a.: Budrich
- Kovacs, S. (2022): Identitätspolitik; in: Alemann, U. v.; Basedahl, N.; Greßner, G.; Kovacs, S.: Politische Ideen im Wandel der Zeit. Opladen u. a.: Budrich.
- Lambers, H. (2020): Theorien der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 5. Aufl. Opladen u. a. Budrich.
- Oehler, P. (2019): Demokratie und Soziale Arbeit. Entwicklungslinien und Konturen demokratischer Professionalität. Wiesbaden: Springer VS
- Röh, D. (2013): Soziale Arbeit, Gerechtigkeit und das gute Leben. Eine Handlungstheorie zur daseinsmächtigen Lebensführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Roß, P.-S. (2016): Lebensweltorientierung und Zivilgesellschaft. In: Grundwald, K.; Thiersch, H. (Hrsg.): Praxishandbuch Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. 3. vollst. überarb. Aufl. Weinheim: Beltz Juventa, S. 312–325.

- Seckinger, M. (2018): Empowerment. In: Otto, H.-U.; Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 6. überarb. Aufl. München: Reinhardt, S. 357–363.
- Winkler, M. (2018): Kritik der Inklusion. Am Ende eine(r) Illusion; Stuttgart: Kohlhammer